

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannstraße 33.

Verkaufsstunden der Redaction:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Beiträge an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Fällen für Zus. Anträge:  
Dts. Reich, Universitätsstr. 22,  
Leipz. 20. Anträge, Leipz. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,300.

Abonnementspreis viertel, 4/1, 1/2, 1/4, 1/8, incl. Postgebühren 6 Wk. durch die Post bezogen 6 Wk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbestellung 35 Pf. mit Postbestellung 45 Pf. Inserate Leipz. Zeitungs 20 Pf. Andere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Retouren unter dem Redactionsdruck die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung proannuendo oder durch Postnachschuß.

№ 115.

Donnerstag den 25. April 1878.

72. Jahrgang.

## Öffentliche Plenarsitzung der Handelskammer

Freitag, den 26. April d. J. Abends 6 Uhr in deren Sitzungssaal, Neumarkt 19, 1.

### Tagesordnung:

- 1) Regierendes
- 2) Bericht des Jahresberichts-Ausschusses über die Vorlage des Kaiserl. Statistischen Amtes, periodische Veröffentlichung gewisser Waarenpreise betreffend.
- 3) Bericht des Zoll- und Steuer-Ausschusses über a. den Antrag des Herrn Vorenz und verschiedene Eingaben, die Bundesratsvorlage wegen der künftigen Abgabe betreffend, b. die von der Handelskammer zu Hanau mitgetheilte Vorlage, die Tabak-Enquete-Vorlage betreffend.
- 4) Ausschussbericht über die Vorlage des Königl. Hauptzollamtes, die Revision der Wegordnung betreffend.

## Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Hiller- und Marschnerstraße gelegenen Tracte der Plagwitzer Straße sollen Granit-Steinplatten gelegt und die hierzu erforderlichen Arbeiten einschließlich der Schwellenlieferung an einen Unternehmer vergeben werden.

Die betreffenden Bedingungen und Anschlagformulare können auf unserem Bauamte (Rathhaus, II. Et.) eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

### „Schwellenlegung in der Plagwitzer Straße“

bis zum 7. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und versiegelt einzureichen sind.

Leipzig, den 18. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Baumemann.

## Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Hiller- und Marschnerstraße gelegenen Tracte der Plagwitzer Straße sollen die Hofstraße mit bester Stein gepflastert, die Fußweganpflasterung mit Mosaikepflaster hergestellt und die hierzu erforderlichen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die betreffenden Bedingungen und Anschlagformulare können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Etage, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

### „Pflasterungen in der Plagwitzer Straße“

bis zum 7. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und versiegelt einzureichen sind.

Leipzig, den 18. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Baumemann.

## Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Die Aufnahme der neu angeworbenen Schülerinnen findet Dienstag, den 30. April, früh 8 Uhr statt. Dieselben haben sich zu diesem Zwecke nebst sämtlichen übrigen Schülerinnen im Saale der I. Bürger-  
schule zu versammeln.

## Erste Bürgerschule für Knaben.

Die Aufnahme der für die 5te und 7te Klasse angemeldeten Schüler findet Montag, den 29. April, **Donnerstag 10 Uhr im Saale der I. Bürgerschule**. Diejenigen, welche in höhere Klassen aufgenommen worden sind, haben sich an demselben Tage früh 8 Uhr gleichfalls im Schulsaale einzufinden.

## Höhere Schule für Mädchen.

Die bereits aufgenommenen Schülerinnen versammeln sich Montag, den 29. April, Morgens 8 Uhr im Lernsaal. Die Prüfung der nachträglich angemeldeten Schülerinnen findet um 10 Uhr statt.

Leipzig, 24. April.

Die Lage im Orient ist in den Feiertagen nicht wesentlich geklärt worden. Es sind keine neuen Nachrichten eingetroffen, und wenn sich trotzdem die Hoffnung auf das Gelingen der deutschen Vermittlung und das Zustandekommen des Congresses, zunächst einer Vorconferenz, erhält, so liegt doch eine thatsächliche Begründung für diese freundlichere Auffassung der Weltlage noch nicht vor. Die vermittelnden Bemühungen Deutschlands sind auch in der letzten Zeit ganz besonders durch den Grafen Kadowitz unterstützt worden, dessen Uebereinstimmung mit dem Reichszentraler in den großen Fragen der auswärtigen Politik auch jetzt noch die eigentliche Berechtigung der Friedenshoffnungen bietet. Einem energischen Fortschritte der zur Zeit schwachen Verhandlungen glaubt man übrigens erst nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck entgegenzusehen zu dürfen, die, wie man annimmt, sich etwa bis zum 29. d. M. hinanziehen dürfte. Vorläufig läßt sich noch nicht die Congressverhandlungen, sondern diejenigen über die militärischen Stellungen Rußlands und Englands vor Konstantinopel im Vordergrund.

Am 21. April, wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: Als eines der Anzeichen, daß der Congress zusammen-, und zwar in Berlin zusammenzutreten werde, wird der Entschluß des Kaisers angesehen, angelehnt der Wichtigkeit der russischen Verhältnisse in Berlin zu bleiben. Die Reise nach Wiesbaden ist für jetzt angefallen. Zum Theil haben auch die bevorstehenden militärischen Beschäftigungen der Gardebrigaden in Bezug auf die Waagschale dieser veränderten Stimmung gelegt.

Der „Times“ wird aus Petersburg vom 22. April gemeldet, die Discussion über die Ausführung des Beschlusses des gleichzeitigen Abzuges der russischen Truppen und der englischen Flotte aus der Nähe Konstantinopels habe bis zu kein Resultat ergeben, werde aber in freundschaftlicher Weise fortgesetzt. Die Verhandlungen dürften in lange hinauszuziehen, da die Entscheidung der streitigen Punkte technische Erhebungen von Special-Commissionen an Ort und Stelle erfordern. Wenn die Londoner und die Petersburger Regierung sich einigen hätten, würde es nötig sein, von der britischen Regierung zu verlangen, daß sie, falls die weiteren Unterhandlungen scheiterten, der Wiederherstellung des status quo keine Hindernisse bereite. Rußland werde in diesem Punkte wahrscheinlich etwas streng sein, da es überzeugt sei, daß die Flotte im Falle des Ausbruchs der Feindseligkeiten nicht für Rußland Partei ergreifen würde.

Die „Agence Russe“ schreibt, daß die Lage nach wie vor unverändert sei. Es handle sich noch immer um Unterhandlungen über die Ausführung des zugestandenen Princips einer Gleichheit der Entzerrung, welche nach der Zeit zu bemessen sei, die für die beiderseitigen Streitkräfte zur Wiederbesetzung der geräumten Stellungen erforderlich sei. Die lange Dauer der Unterhandlungen erkläre sich aus den eingehenden Erwägungen über die Verlässlichkeit von Wind und Wetter für die Flotte und Terrainchwierigkeiten für die russische Armee.

Das „Journal de St. Petersburg“ erwartet den baldigen Zusammentritt des Congresses, meint aber, der bloße Zusammentritt desselben sei noch keine Bürgschaft für den Frieden. Es sei notwendig, daß dem Congress ein umfangreicher und offener Meinungsaustausch zwischen den Cabineten vorangehe. Wenn das Londoner Cabinet zwar den Frieden wirklich wünsche, aber größere Vorteile für England mittels Einschüchterung Rußlands zu erreichen glaube, so sei dies ein gefährliches Spiel, welches nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führen dürfte. Wenn aber Lord Beaconsfield's Demonstrationen den Krieg bezwecken, so müßte auf ihn die Verantwortlichkeit dafür gegenüber England und Europa fallen.

## Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 24. April.

Die Unerquicklichkeit der inneren Lage hat auch in den östlichen Betrachtungen der Presse vielfach Ausdruck gefunden. Die Stellung, welche die nationalliberale Fraction des Reichstags zu der Tabaksenquetevorlage eingenommen, ist noch immer der Gegenstand verschiedenartigster Kritik. Die „Post“ meint, daß die Stellung dieser Partei eine unbefangene Prüfung der wirtschaftspolitischen Pläne des Reichstanzlers in höherem Grade erwünschte, als es durch die von der gouvernementalen Presse gegen diese Partei gerichteten Angriffe geschehen könne. Fast scheint es, als sei in dem Raisonnement der „Post“ eine kleine Begriffsverwechslung zwischen Unbefangenheit und Nachgiebigkeit oder gar Dienstwilligkeit mit untergelaufen. Fürst Bismarck hat vor zwei Monaten als sein Ziel im Punkte der Besteuerung des Tabaks rundheraus das Monopol bezeichnet. Inzwischen hat jedes Mitglied des Reichstags Zeit genug gehabt, um sich über diese Grundfrage eine bestimmte Ansicht zu bilden. Es handelt sich zunächst gar nicht um die technischen Details der Monopolanordnung, auch nicht um die politischen

Bedenken, welche derselben anhaften, sondern allein darum: ist die finanzielle Lage des Reiches und der Einzelstaaten derart, daß sie die mehr oder weniger vollständige Vernichtung der heute mit dem Tabak in Deutschland besetzten privaten Erwerbszweige rechtfertigen würde, oder nicht? Die nationalliberale Fraction glaubt, diese Frage verneinen zu müssen; sie glaubt das auf Grund reichlicher Prüfung und sie darf erwarten, daß man sie mit sachlichen Gründen widerlege, statt immer wieder mit der verbrauchten Unterstellung zu kommen, daß sie Bestimmungspolitiker treibe. Wäre die Enquetevorlage nicht erfolgt, so würde sie in der gegenwärtigen Session freilich kaum noch Veranlassung gehabt haben, sich über ihre Stellung zum Monopol auszusprechen. Nachdem aber in den Motiven zu der gedachten Vorlage ausdrücklich erklärt ist, daß auf Grund des gewonnenen statistischen Materials ein Gesetzentwurf über die Einführung entweder des Tabakmonopols oder einer annähernd den gleichen Ertrag liefernden Fabriksteuer ausgearbeitet werden soll, ist es die Pflicht einer jeden parlamentarischen Partei, sich über die Vorfrage bezüglich des Schadens der heutigen Tabakgewerbe unverweilt schlüssig zu machen und mit diesem Entschlusse nicht hinter dem Berge zu halten. Was hat mit dieser durch die Natur der Sache gebotenen Stellungnahme die Unbefangenheit gegenüber den wirtschaftspolitischen Plänen des Reichstanzlers zu thun? Wird die „Post“ diesen Vorwurf etwa auch dem Finanzminister Hobrecht machen, falls sich derselbe demnachst von der Unzweckmäßigkeit des Monopols überzeugen lassen sollte?

Der Kaiser hat an den Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Ludwig Hahn, Verfasser der jüngst erschienenen Schrift „Fürst Bismarck“, das folgende allerhöchste Cabinetsschreiben gerichtet:

Ich habe den mit Ihrem Schreiben vom 4. d. M. eingegangenen ersten Band Ihres Buches „Fürst Bismarck, sein politisches Leben und Wirken“ mit vieler Genugthuung in Empfang genommen. Es entspricht durchaus meinen Wünschen, daß die politische Thätigkeit des Mannes, welcher auf die Neuordnung der vaterländischen Verhältnisse in so bedeutender Weise eingewirkt hat, durch systematische Aneinanderreihung authentischen Materials öffentlich dargestellt wird, damit sich der ganze Werth seiner geistigen politischen Arbeit dem Bewußtsein der Nation einprägen. Durch eine bevorzugte Stellung wie kaum ein Anderer dazu berufen, die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen, haben Sie sich derselben mit einer Einsicht und Sorgfalt gewidmet, welche mich zu unumwundener Anerkennung verpflichtet. Ich danke Ihnen für die Uebersetzung des Buches, indem ich der

Hoffnung Ausdruck gebe, daß es mir vergönnt sein wird, Ihr Unternehmen bald auch glücklich beenden zu sehen.

Berlin, den 15. April 1878.

(gek.) Wilhelm.

König Oscar von Schweden ist in Berlin angekommen, wo er einige Zeit zu verweilen gedenkt. Der König, der im Sommer 1875 zum letzten Male der Gast des Berliner Hofes war, erfreut sich dort sowohl wegen seiner persönlichen Eigenschaften als wegen seiner politischen Gesinnung großer Beliebtheit und Achtung. Die wohlwollende Gesinnung, welche König Oscar gegen Deutschland und Preußen hegt, ist bekannt und in entscheidenden Stunden erprobt worden. Er unterscheidet sich darin vortheilhaft von seinem vorhergehenden Bruder, der seine französischen Sympathien niemals verleugnete, den Dänen in ihrem Kriege gegen Deutschland unterhöhlen seine, wenigstens moralische, Unterstützung gewährte und von der Herstellung einer engen, gegen Deutschland gerichteten skandinavischen Union träumte. Im Gegensatz zu dieser traditionellen schwedischen Politik hat König Oscar II. gleich bei seinem Regierungsantritt unabweisend kundgegeben, daß er auf ein freundschaftliches Verhältnis zum deutschen Reich entschieden Werth lege; auch während des deutsch-französischen Krieges, zur Zeit als er noch Kronprinz war, soll er seine Sympathie für Deutschland niemals verhehlt haben, trotzdem er sich dabei keineswegs im Einklange mit der Mehrheit seines Volkes befand. Bekannt ist auch das Interesse, welches der König der deutschen Sprache und Literatur widmet, die er selbst durch sehr gelungene Uebersetzungen von mehreren unserer klassischen Dichtungen, wie Tasso, Faust u. A., in Schweden bekannt gemacht hat.

Es heißt, daß die deutsche Kronprinzessin sich zum Besuche ihrer Mutter im Laufe des nächsten Monats nach London begeben werde, wohin ihr der Kronprinz später folgen soll. Es war von dieser Reise schon vor einiger Zeit die Rede, doch scheint ein fester Entschluß erst in den letzten Tagen erfolgt zu sein.

Graf Friedrich Eulenburg, der frühere Minister des Innern, ist aus der Schweiz wieder in Berlin eingetroffen.

Der Abg. Dr. Braun ist nicht unbedeutend erkrankt, wie es heißt an einer Lungenerkrankung. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Grothe ist in Folge eines Beleidigungsprocesses neuerdings in vielen deutschen Blättern genannt worden, und zwar niemals, ohne daß seine Parteigehörigkeit ausdrücklich erwähnt worden wäre. Herr Grothe hat jetzt erklärt, daß er aus dem Verlauf jenes Processus keinen Anlaß ersehe, sein Mandat nieder-